

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 250 h einschließlich
Drucklohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Kleinzeile oder deren Raum 75 h,
Reklamezeile 250 h.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorsick, Biebrich a. Rh. Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 93

Donnerstag, den 18. August 1921.

Postbezugsstelle
Frankfurt (Main) Nr. 10214

15 Jahrgang

Amteslicher Teil.

Nr. 397.
Zur Befreiung von Zweifeln mache ich darauf aufmerksam, daß die Abgabe 8 und 9 im § 51 des Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetzes sich nur auf die Schullehrer mit mehr als 25 Schülern und die mit 8 bis 25 Schülern beziehen.
Bei der Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen in Schulverbänden mit nicht mehr als 7 Schülern ist eine Anhebung des Schulbesandes gleichgültig nicht vorgeschrieben.
Berlin 28. 8. den 6. Juli 1921.
Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
J. A. ges. Klotzsch.

Nr. 398.
Bescheid.
Der Bezirksausschuß zu Wiesbaden hat auf Grund der §§ 39, 40 der Tagordnung vom 15. Juli 1917 für den Regierungsbezirk Wiesbaden für das Jahr 1921:
1. Den Schluß der Schenke für Rebhühner, Wachteln und Schotische Moorhühner auf Donnerstag, den 25. August, mithin die Eröffnung der Jagd auf Freitag, den 26. August festgelegt.
2. Beschlossen, bezüglich der Schenken für Rebhühner, Wachteln und Schotische Moorhühner, für Birk-, Hohl- und Fasanenschenkel, für Birk-, Hohl- und Fasanenschenkel und Drosseln es bei den geltenden Bestimmungen bewenden zu lassen.
Namens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende.
J. A. Baurmeister.

Nr. 399.
Das Buch „Französisches Gistmischer“, herausgegeben von dem Verlag „Karte Hand“, Ost-Berlin, ist durch die Interall. Abrechnungskommission im besetzten Gebiet beschlagnahmt und darf nicht verkauft und verteilt werden.
Wiesbaden, den 15. August 1921.
Der Landrat.

Änderung der Handfeuer-Ordnung.

Die Ordnung betr. die Erhebung einer Hundsteuer im Bezirk der Gemeinde Wuringen vom 9. April 1895 ist durch Beschluß der Gemeindeverwaltung vom 30. Dezember 1920 geändert worden. Der § 1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
Wer einen nicht mehr an der Mutter saugenden Hund hält, hat für denselben jährlich eine Steuer von 12 Mark in halbjährigen Raten und zwar in den ersten 14 Tagen eines jeden halben Jahres an die Gemeindekasse zu entrichten. Das erste halbe Jahr erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April bis Ende September.

Wuringen, den 24. Juni 1921.
Der Bürgermeister.
Imbeert.

Vorstehende Änderung wird von uns nach Genehmigungsbescheid vom 18. Juli 1921 genehmigt.
Wiesbaden, den 29. Juli 1921.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. A. Biejer.

Nr. II. B. 602. Siegel.

Wird hiermit veröffentlicht.
Wuringen, den 15. August 1921.
Der Bürgermeister.
Imbeert.

Nichtamteslicher Teil.

Tagungs-Kalender.

Eine Rede Dr. Gesslers.

Am Sonntag fand in Lindau, die Deutsch-demokratische Bodenversammlung statt, zu der demokratische Parlamentarier aus Baden, Württemberg und Bayern zahlreich erschienen waren. Die Tagung wurde mit einer vertraulichen Gesprächsform, in der die oberste politische Frage und andere aktuelle Probleme besprochen wurden, eröffnet. In der überfüllten Volksversammlung am Montag sprach Reichswehrminister Dr. Gessler. Er führte u. a. aus, die wichtigste Aufgabe sei, zunächst nach dem Wille die einfache nationale Einheit zu erhalten. Darum gehe es heute noch nicht zuerst um die viel berufenen nationalen Wille. Niemals aber werde das deutsche Volk auf seine Freiheit, Unabhängigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern verzichten und sich zum Vasallen erwidern lassen. Schwere Sorgen verfolge die Winter mit seinen Steuerkämpfen, der Erzeugung und der Arbeitslosigkeit. Geradezu katastrophal aber wäre es, so sagte Dr. Gessler, wenn das Land nach dem Ausbruch der Steuerkämpfe eine Katastrophe erleiden könnte. Mit der Aufhebung der Zurechnung der finanziellen Lage und zur Vorkämpfung schloß der Minister seine Rede.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Dr. Berlin, 18. August. Der Reichspräsident und die Reichsregierung erklären

folgenden Aufruf: Die Entscheidung über Oberbefehl ist wider Erwarten nicht gefallen. Der Spruch ist verhängt worden. Die Leidenszeit des oberbefehligen Volkes hat noch nicht ihr Ende gefunden. Es gilt, in jähren Ausdauer weiter auszuharren. Oberbefehl, unsere Sache ist gerecht! Die Gerechtigkeit wird und muß liegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt Euch mit übermächtiger Mehrheit für Deutschland ausgesprochen. Eurer und des Reiches Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberbefehl beim Reich verbleibt. Oberbefehl, Ihr habt bisher trotz schwerster Herausforderungen müherhafte Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechnete Abwehr der Gewalttaten der politischen Injuranten hat Euch die Welt nicht verragt. Bewahrt auch weiterhin die Zucht, die Euch bisher ausgezeichnet hat. Laßt die fähige Überlegung nicht schwinden. Laßt Euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten, die Eurer gerechten Sache nur Schaden bringen würde. Mit Euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Schranken zwischen Euch und dem Mutterlande wieder fallen und an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberbefehls mit Deutschland, dem es seit sieben Jahrhunderten angehört hat, Anerkennung findet, zum besten Oberbefehl, des Deutschen Reiches, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas und des Friedens der Welt.

Die Finanzlage von Haus Doorn.

Die „Freiheit“ veröffentlicht ein ihr in gedrucktem Formular vorliegendes Schreiben, mit dem die in Haus Doorn ansehenden immer noch einlaufenden Bittgesuche aus Deutschland beantwortet werden. Es heißt darin: Von der geschiedenen Notlage haben Seine Majestät der Kaiser und König mit aufrichtigem Bedauern Kenntnis genommen. Die für den Zweck verfügbaren Mittel sind aber längst aufgebraucht, und die Wirtschaft- und Verwaltungsbürokratie ist für die heilige Verwaltung geradezu vernichtet, denn für 100 deutsche Mark gibt es durchschnittlich nur 4 holländische Gulden, so daß bei der auch in Holland herrschenden allgemeinen Teuerung von dem deutschen Gulden kaum das Notwendigste bestellt werden kann. Seine Majestät sind daher leider außerstande, die erbetene finanzielle Hilfe zu gewähren.

Die Wahrheit über Deutschland.

Dr. London, 16. August. Unter der Überschrift „Die Wahrheit über Deutschland“ veröffentlicht die von einer Reise durch die Industrieregion Deutschlands zurückgekehrte Finanzberichterstatter des „New Statesman“, E. Doolie, in der „Daily News“ einen Artikel, in dem er erklärt, die im Ausland über den angeblichen Wohlstand Deutschlands verbreiteten Berichte entsprechen nicht der tatsächlichen Lage. Deutschland lebe vom Kredit. Das deutsche Volk befinde sich in einem Zustand allgemeiner Verarmung.

Die Kohlenlieferungen sind vorübergehend herabgesetzt.

Dr. Paris, 16. August. Wie der „Temps“ mitteilt, hat die Reparationskommission die Kohlenlieferungen, wie sie im Abkommen von Spa vorgesehen waren, vorübergehend herabgesetzt. Diese Herabsetzung wurde von der Kommission für notwendig gehalten, um dem augenblicklichen Produktionsdefizit Deutschlands Rechnung zu tragen. Das theoretische Programm von 2,2 Millionen Tonnen monatlicher Kohlenlieferung an die Alliierten bleibt zwar aufrechterhalten. Man sei sich aber nach dem Wille darüber einig geworden, daß man von Deutschland mit besonderer Dringlichkeit 1,8 Millionen Tonnen Kohle verlangen müsse, wovon Frankreich und England 1,1 Millionen zustünden. Das sei die Grundlage, auf der die Lieferungen gegenwärtig vor sich gingen.

Keine übertriebenen Nachrichten über Rußland.

Dr. London, 16. August. „Daily Telegraph“ berichtet, die britische Botschaft in Moskau habe sich davon überzeugt, daß die im Ausland über die russische Hungersnot verbreiteten Nachrichten in keiner Weise übertrieben seien. Die Katastrophe in Rußland scheint im Gegenteil noch größer zu sein, als sie in den pessimistischen Berichten geschildert worden sei. Die größte Gefahr liege in der Tatsache, daß die Hungersnot zweifellos nächstes Jahr in noch größerem Maße wiederholen werde. Wie „Daily Telegraph“ außerdem meldet, veranstalten Bauern und Delektoren des roten Heeres in den kleinen Städten und Dörfern Weißrusslands Judenpogrome.

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Berlin. Die Berliner Regierung ist durch eine Note offiziell von dem Beschluß des Obersten Rates in Kenntnis gesetzt worden, nach welchem die im März d. Js. gegen Deutschland verhängten wirtschaftlichen Sanktionen gegebenenfalls am 15. September 1921 außer Kraft gesetzt werden sollen,

wenn die deutsche Regierung neben anderen nur formalen Bedingungen der Schaffung einer internationalen Stelle zur Prüfung der deutschen Ein- und Ausfuhr zustimmt und die Gültigkeit der im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Sanktionen getroffenen Verordnungen anerkennt.

Die zum 31. August fällige Goldmilliarde.

Berlin. Wie bekannt wird, wird es der Reichsregierung möglich sein, die an die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen geknüpfte Bedingung der sofortigen Zahlung von 1 Milliarde Goldmark bis zum 31. August schon einige Tage früher zu erfüllen.

Aufhebung der Polizeistunde im Reich.

Dr. Berlin, 16. August. Die Bundesratsverordnung betr. die Erparnisse von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, wodurch die Polizeistunde im Reich auf höchstens 12 Uhr festgelegt wurde, wurde durch Kabinettsbefehl aufgehoben. Die Polizeistunde wird grundsätzlich auf 12 Uhr festgelegt, jedoch sollen einzelne Ausnahmen gestattet sein. Ueber die Art und den Umfang dieser Ausnahmen schweben noch Verhandlungen mit den Ländern.

Freigabe der Getreidezufuhr.

Berlin. Durch eine Bekanntmachung des Reichsanwaltschafts für Ernährung und Landwirtschaft wird die Einfuhr von Roggen, Weizen und Speltz (Einfuhrnummern 1, 2a und b des Statistischen Warenverzeichnis) mit Wirkung vom 18. August 1921 als freigegeben. Von diesem Tage ab bedarf es mithin zur Einfuhr dieser Waren einer Einfuhrbewilligung und einer Anzeige über Ablieferung der eingeführten Waren an die Reichsgetreidekasse nicht mehr.

Frankreich.

Algazon, 15. August. Haass. Auf Anordnung von Paris werden von den 125 Gefangenen verschiedener Staatsangehörigkeit, die zur Zeit im Strafgefängnis von Algazon Strafen wegen Vergehens gegen das bürgerliche Gesetzbuch verbüßen, vierzig in ihre Heimat entlassen, darunter vierunddreißig Deutsche.

Kleine Mitteilungen.

Berlin. Der nächste sozialdemokratische Parteitag findet Sonntag, den 18. September, in der Berliner Stadthalle statt. Am 17. September 10 Uhr vormittags findet eine Reichsfrauentagung statt.

Kein Ersatz für Sanktionsstrafen. Die Reichsregierung hat auf eine demokratische Anfrage Erklärungen und Genossen geantwortet, sie habe beschlossen, für die durch die Sanktionen entstandenen Schädigungen den Betroffenen aus der Reichskasse keinen Ersatz zu leisten, um nicht dadurch eine mittelbare Anerkennung der Sanktionen zu geben.

Dr. Paris, 16. August. Ministerpräsident Briand hat nunmehr dem amerikanischen Vorschlag mitgeteilt, daß er persönlich zur Washingtoner Konferenz kommen werde, es müßte denn sein, daß ganz unüberwindliche Hindernisse ihm die Reise unmöglich machten.

Die Gefahr der Besserung nach dem gemeinen Wert.

Der Hanjand zu den neuen Steuerplänen.

Dem Hanjand wird aus geschrieben:
Nach den vom Reichsministerium vorgeschlagenen Bemerkungsvorschlägen für die neuen Vermögenssteuern sollen zukünftig die zum Grund- oder Betriebsvermögen gehörenden Vermögensgegenstände nach dem gemeinen Wert zur Steuer herangezogen werden. Das Reichsministerium geht in seiner Absicht, die „Sachwerte“ in vollem Papiermarkwert, der doch nur der einer Veräußerung in der Erscheinung tritt, zu bewerten, einen Weg, der zur Besserung unserer Wirtschaft führen muß. Die Reichsregierung will also die früheren Goldwerte vervollständigen, um zu den heutigen Papierwerten zu kommen und auf Grund dieser Papierwerte die Vermögensgegenstände verrechnen. Danach sollen z. B. Wohnhäuser, deren Ertrag heute von den notwendigen Reparaturen und den laufenden Kosten aufgefressen wird, zu dem rein fiktiven Papierwert zur Abgabe herangezogen werden.

Soll wirklich ein Haus, das ein Rentner von seinen Erparnissen mit 60 000 Goldmark im Preis erworben hat und das heute einen „Wert“ von 200 000 Papiermark hat, der beim Verkauf viel leicht auch realisiert werden könnte, mit 200 000 Mark zur Vermögenssteuer herangezogen werden? Wie soll der Besitzer eines solchen Hauses die Abgabe bezahlen? Ist es nicht dilettantisch, dieser Frage aus dem Wege zu gehen, indem man sie offen läßt? Die amtliche Bekanntmachung sagt: „Der Entwurf will aber jeden Zwang zu unwirtschaftlicher Abgabe vermeiden, es vielmehr der eigenen wirtschaftlichen Entscheidung überlassen, in welcher Weise der Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften tragbare Steuerlast abzuladen will.“ Es ist weiter zu fragen: Soll etwa der Unterschied von 60 000 Goldmark zu 200 000 Papiermark als „Vermögensgewinn“ versteuert werden? Nach der grundsätzlichen Annahme des gemeinen Wertes wäre das der Fall. Soll der Fabrikant seine Maschinen zum gemeinen Wert in die Vermögenserklärung aufnehmen? Eine Maschinenanlage mit einem Friedenswert von 20 000 Gold-

mark hat heute möglicherweise auch im Zustande fortgeschrittener Abnutzung einen Papierwert von 200 000 Mark. Ist das nun steuerpflichtiger Vermögensgewinn? Im nächsten Jahr muß allezeit, um den Betrieb den technischen Erfordernissen entsprechend aufrecht zu erhalten, die Maschinenanlage mit einem Aufwand von 300 000 Mark erneuert werden. Woher soll der Fabrikant das Geld nehmen, wenn man sein ganzes Betriebskapital einschließlich aller Anlagen zum gemeinen Wert steuerlich bereits erfasst hat? Hat eine solche Steuerpolitik einen Sinn, nachdem unter Druck der Geldentwertung die Notwendigkeit der Erneuerungsfonds wenigstens für die Einkommensteuer auch vom steuerlichen Standpunkt anerkannt ist?

Nach der Bekanntmachung der Regierung sollen für die Dauer von 15 Jahren besondere der Geldentwertung angepaßte Bewertungsgrundsätze gelten, mit dem Ziel, die Sachwerte „voll und ganz in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen.“ Bei dem Betriebsvermögen soll insbesondere auf Gewinn und Verlust des Unternehmens Rücksicht genommen werden. Das alles soll aber nicht durch Gesetz, sondern durch Verordnung des Finanzministeriums geregelt werden, die dann natürlich jederzeit vom Minister eigenmächtig abgeändert werden kann. Eine derartige Rechtsunsicherheit in der Besteuerung ist aber nicht verträglich mit geordneter Volkswirtschaft. Die gezeigten Schwierigkeiten dürften gleichbedeutend mit der Tatsache nicht dadurch aus dem Wege gehen, daß sie die Schaffung neuen Rechts in wesentlichen Punkten den Verwaltungsbehörden überlassen.

Der Hanjand verlangt dringend das Festhalten an den bisher bestehenden Bewertungsgrundsätzen, d. h. es ist für den Grundbesitz grundsätzlich von dem Ertrage auszugehen, den er erbringt. Für die Betriebsanlagen ist dagegen festzuhalten an dem in § 139 der Abgabenordnung ausgesprochenen Bemerkungsgrundsatz: „Bewertungswert abzüglich angemessener Abnutzung.“ Es sind nur solche Steuern mit der Privatwirtschaft vereinbar, die aus dem Ertrage gezahlt werden können. Jede andere Steuerpolitik führt zur Verflechtung des Volksvermögens. Um Steuern zu zahlen, müssen sonst schließlich die Anlagewerte verkauft werden. Kaufen kann sie, da ja jeder Deutsche der gleichen Steuerlast unterliegt, nur der volkswirtschaftliche Glückselige. Der andere Weg: Die Überleitung von Vermögenswerten in die Hand des Reiches — Goldwerthypotheken, Industrieanlagen usw. — würden aber einen so vollständigen Vermögens- und Übernahmungsapparat erfordern, daß der Ertrag der Steuern im wesentlichen von der Verwaltung verschlungen würde. Dieser Weg ist praktisch ungangbar. Der Finanzminister darf kein „Sozialisierungsminister“ sein, wie Erzberger es i. Zt. in seiner ersten Finanzministerrede vor der Nationalversammlung für sich beanspruchte.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Unser Blatt erscheint nach einwöchiger Pause, hervorgerufen durch den Buchdruckerstreik, wieder. Die Arbeit ist in allen Betrieben auf Grund der am Samstag vor dem Berliner Tarifamt zwischen den Vertretern der beiden Parteien mit verbindlicher Kraft abgeschlossenen Vereinbarung Dienstag morgen aufgenommen worden. Das alte Arbeitsverhältnis ist damit wieder hergestellt worden. — Am Montag fanden in Mainz, Wiesbaden, Worms und Biebrich Schiffenversammlungen statt, in denen überall die Vereinbarung angenommen wurde, wie auch eine in Mainz abgehaltene gemeinsame Arbeitgeberversammlung den Berliner Beschluß sanktionierte. — Das „Gemeinsame Nachrichtenblatt“, welches von den in Wiesbaden und in Biebrich erscheinenden Zeitungen herausgegeben wurde, hat über die durch den Streik hervorgerufene Pause natürlich nur unvollkommen hinwegsehen können, das Nachrichtenblatt hat aber dem Zweck, den man bei seiner Herausgabe im Auge hatte, entsprochen. Den Belegern unseres Blattes sagen wir an dieser Stelle besonderen Dank für die Rücksicht, die sie in der abgelaufenen Woche geübt und für die Treue, die sie uns gehalten haben.

Hochheim. Die durch ihre hervorragenden Leistungen bei verschiedenen Veranstaltungen in Hochheim bestens bekannte Klavierkünstlerin Fräulein Soarbourg wirkt jetzt in Gemeinschaft mit zwei Mainzer Künstlern in einem Trio mit. Daselbst gab in letzter Zeit ein Konzert im Kurhaus in Königheim. Die dortige „Touneus Ztg.“ schreibt hierüber folgendes: „Ein vorzügliches Konzert bot die Stadt Kurverwaltung durch ein Mainzer Künstler-Trio, über dessen hohe künstlerische Qualifikation nach dem Gebotenen wohl kein Wort zu verlieren ist. Ausführend waren Fräulein Maria Stiel, Fräulein Elly Soarbourg und Herr Willy Vogel. Es erregte sich wohl, auf Einzelheiten einzugehen, denn das Konzert bildete für sich ein solches harmonisches Ganzes, daß es auch als solches behandelt und besprochen werden kann. Fräulein Maria Stiel verfügt über eine große Stimme von bester Klangfarbe und Fülle, ganz dazu geeignet, sich in die Herzen der Zuhörer hineinzulassen. Fräulein Elly Soarbourg war am Flügel eine feinführende Begleitung und in ihrem Solo „Falschschwan“ aus Wien eine temperamentvolle Meisterin von Auffassung und Technik. Das gleiche gilt auch von

Herrn Wally Vogel (Violon). Er wählte seinem Instrumente die prächtigsten Seiten abzugeben und trug ebenfalls im allseitigen Sinne dazu bei, dem Konzert zu einem vollen künstlerischen Erfolge zu verhelfen, der sich deutlich in dem begeisterten Cantablen Beifall des Publikums äußerte. Dem jungen Künstler rufen wir ein herzlich Glück aus! auf seiner Bahn zu und nach dem vielversprechenden Abend gleich, daß der in solcher Weise beschrittene Weg zu höchster Höhe führen muß. — Wäre es nicht möglich das Künstler-Trio auch einmal für Hochheim zu einem echten musikalischen Kunstgenuss zu verpflichten? In geeigneten Fällen ist hier es ja am höchsten Plage nicht.

* Der Rheinwasserstand ist auf ca. 95 Zentimeter gestiegen; ein weiteres Steigen ist zu erwarten. Die Schifffahrt ist dadurch etwas erleichtert; besonders sind die Verpätungen bei den Personendampfern nicht mehr so groß, wie in den letzten Tagen der Hitze. Der Verkehr am Sonntag war ziemlich reger; die Befragung der Schiffe ist noch wie vor gut, besonders in den Sommermonaten.

* Weidungen zur Rheinmeister-schaft. Zu dem am 21. August 1921 auf der Strecke Weidenau—Mainz—Biebrich stattfindenden Wettbewerb im deutschen Rheinmeister-schaft und dem gleichzeitig stattfindenden Stromschwimmen über 7500 Meter wurden von 42 Vereinen aus allen Teilen Deutschlands 122 Meldungen abgegeben und zwar 100 von Herren und 22 von Damen.

Bei der zwischen den Vertretern des Städtebundes der hessischen und bayerischen Städte und den Vertretern der Bayerischen von Oberhessen, Starkenburg, Rheinhessen und der Kreisbauernschaft Landkreis Wiesbaden abgehaltenen Besprechung in Frankfurt wurde eine Eingangs in der Wilschpreisfrage endlich erzielt. Da die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage des besetzten und unbefestigten Gebietes eine Preissteigerung dahin verlange, daß den Bauern-schaften des besetzten Gebietes ein höherer Preis zu bewilligt sei, wurde der Stallpreis pro Liter auf 2.60 Mark für das unbefestigte und auf 2.85 Mark für das besetzte Gebiet erhöht. Die Vertreter des Städtebundes erklärten sich zu diesen finanziellen Opfern bereit, um für den kommenden Winter die Milchversorgung der Säuuglinge unter allen Umständen sicherzustellen. Die neuen Wilschpreise sollten am 20. August in Kraft treten.

op. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß im Paketverkehr nach dem Ausland Silber, Gold, Silberwaren, sowie sonstige wertvolle Gegenstände enthalten, zunächst in gutes Packpapier, Leinen oder Wachstuch eingehüllt, gehörig verpackt und versiegelt werden müssen.

ff. Neue Vorbrücke für Ausfuhr-erklärungen beim Versand von Postpa-keten nach dem Ausland. Die Handels-kammer zu Wiesbaden weist die beteiligten Kreise darauf hin, daß künftig beim Versand von Paketen nach dem Ausland Ausfuhrerklärungen (für die Zwecke der deutschen Zollverwaltung) nach einem besonderen Vordruck beizufügen sind. Diese Vordrucke können von der Reichsdruckerei in Berlin bezogen werden und sind auch im Vertrieb vom besetzten Deutschland nach dem Ausland zu beziehen. Bis auf weiteres können noch an Stelle der neuen Vorbrücke die grünen Zollausfuhrerklärungen Verwendung finden, wobei die Unterschrift lautet: „Ausfuhrerklärung“. Für die Zwecke der deutschen Zollverwaltung.

* Auszahlung von Kriegsgefangenen-geldern. Das Kreiswohlfahrtsamt des Landkreises Wiesbaden sendet aus folgende Mit-teilung: Den aus England heimgekehrten Kriegs-gefangenen wird bekannt gegeben, daß die durch die Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen, Berlin SW. 66, Schützenstraße 2, auf Grund ihrer dort vorgelegten Gutscheine ausgezahlten Gelder nur vom Reich geleistete Vorschüsse darstellen und daß die endgültige Abfindung erst nach Eingang der fremdsprachlichen amtlichen Gutscheine erfolgen kann. Die erwähnten Gutscheine sind durchweg un-verbindliche, auf private Anfragen erzielte Aus-skünfte der englischen Regierung, die weder Unter-schrift noch Stempel tragen und daher als amtliches Material nicht anzusehen sind. Denjenigen Heim-kehrern, die aus England in der Zeit von November 1918 bis Ende August 1919 zurückkehrten, wird da-bei ein Untersuchungsurteil von 50 Mark für 1 Jahr berechnet, weil dieser Kurs den Durchschnittskurs dieser Zeit darstellt. Für die nach dem 1. September 1919 aus England heimgekehrten und für alle aus Frankreich zurückgekommenen wird der Kurs des Untersuchungstages aus dem Durchschnittskurs ge-nommen. Ein weitergehendes Entgegenkommen ist bei der Finanzlage des Reiches nicht möglich. Die An-nahme der Heimkehrer, die fremdsprachlichen Regi-straturen hätten den ihnen noch zutreffenden Arbeits-verdienst in bar an die deutsche Regierung gefandt, ist nicht zutreffend. Vorüberwiegungen an Arbeits-lohn haben noch nicht stattgefunden, sondern es sind nur teilweise Mitteilungen über die Höhe der bei der Entlassung der Kriegsgefangenen aus feindlicher Hand befreiten Gutscheine (Gutscheine) einge-gangen. Die in diesen Akten enthaltenen Gutscheine im Gesamtbetrag von etwa 43 000 Mfr. sind be-reits zur endgültigen Auszahlung gelangt. Die For-derungen der Kriegsgefangenen betreffen nicht gegen das Deutsche Reich, sondern gegen die ehemals feindlichen Regierungen. Wenn das Reich eine vor-läufige Anzahlung vor dem Eingang der amtlichen Gutscheine leistet, so geschieht dies freiwillig und aus Entgegenkommen für die Heimgekehrten. Einen rechtlichen Anspruch darauf haben sie nicht. Sie müssen sich daher mit der zugestandenen Abfindung vorläufig begnügen und im übrigen das Ergebnis der in ihrer Sache unternommenen diplomatischen Schritte abwarten. Ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung besteht darin, daß auch ohne Verbringung von englischen Gutscheinen ein Vor-schuss bis zu 100 Mark auf den erzielten Arbeits-lohn gezahlt wird, wenn ein solcher Anspruch irgendwie glaubhaft gemacht wird.

— Eine reiche Brombeere ist uns in diesem Jahre befallen. Die Brombeeren in den Wäldern und an den Weinreben in der Ebene sind mit den bereits reifenden Früchten wie überflutet. Der niedergegangene Regen hat ein vor-zügliches Abfallen der vielen Früchtlänge verur-sacht und läßt die Beeren sehr kräftig ausfallen. Dabei sind die Beeren neuer besonders süß und versprechen so einen vorzüglichen Genuß, der seines Wohlge-schmacks und seiner Heilkraft wegen jeden anderen Fruchtgenuß übertrifft.

se Wiesbaden. Der hiesige Eiercrash vor Gericht. Am 26. Juni v. J. spielte sich hier ein großer Eiercrash ab. In den Vormittagsstunden genannten Tages erschienen in den Gerichtshöfen und auf dem Markte eine sogenannte Kommission, aus 10 bis 12 Mann bestehend, die die Inhaber auf-forderte, ihre Eierbestände sofort zu dem Höchst-preis von 80 Pfennig das Stück zu verkaufen. Diese weigerten sich auf der ganzen Linie, da sie selbst für das Stück im Einkauf 1.80 Mark bezahlt hatten. Die Händler wurden daraufhin bedroht und wichen der Gewalt. Die Kommission war

nämlich in die einzelnen Geschäfte eingedrungen, durch Hintertüren, da die Geschäftsinhaber die Koll-iden herabgelassen und die Türen geschlossen hatten. Die Kommissionenmitglieder jagten die Läden in die Höhe, öffneten die Türen und begannen mit dem Eierverkauf, unter Aufsicht von Ordnungsmann-schaften. Der Fall beschäftigte das Schöffengericht. In der Verhandlung wurde durch Zeugen weiter festgestellt, daß Händler, die ihre Vorräte in Sicher-heit bringen wollten, von Mitgliedern der Kommissi-on die Pferde ausgespannt wurden und die in Säcke bis 40 Mann erscheinende Polizei erlärte, daß sie nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung da sei und das Vorgehen der Kommission nicht hindere. Der Geschäftsführer der Firma Veer deponierte, daß die Polizei in seinem Geschäft sogar geholt habe, den Händlern in die Höhe zu schießen. Den einzelnen Händlern waren durch diesen Gewaltakt Schäden von 10 000 Mark bis 35 000 Mark erwachsen. Wegen Erpressung hatten sich deshalb zu verur-teilen der Hausbesitzer Georg Hofmann, der Be-wohner Jakob, die Hotelbesitzer Peter Orth und Aug. Althaus, sowie der Glasranger Reinhold Veer. Das Gericht konnte den Angeklagten die Erpressung nicht nachweisen, da sie lediglich Ordnungsmann-schaften und keine sogenannten Kommissionen-mitglieder waren; es erkannte deshalb auf Frei-sprechung.

ic Der bei der hiesigen Kurverwaltung ange-stellte fahdliche Gärtner Hans Barry hatte sich an einem achthelligen Mädchen in einem Keller der Kurverwaltung, wohin er das Kind gelockt, ver-gangen. Die Strafkammer schickte ihn ein Jahr drei Monate ins Gefängnis. Lediglich seiner Unbe-fähigkeit hatte der Angeklagte es zu danken, daß er vor dem Jugendhaus bewahrt blieb.

ic Wiesbaden, 18. August. Der Straßenbahn-schaffner H. W. aus Biebrich a. Rh. wurde am 19. Juni v. J. in der Nähe der Villa Villig im Unter-raumskreis mit einer Axt und einem Reih im Rückrad von dem diensttuenden Förster angefallen. Wegen Wildschere verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten zu zwei Wochen Gefängnis.

ic, Ausgerüstet mit einem Spiralschneider und langem Diebstecherzeug jagten die Tagelöhner Jakob Pittman und der erst 18jährige Jakob Reuter aus Biebrich, sowie der Schlosser Nikolaus Schömer aus Wiesbaden aus, um Einbrüche auszuführen. Zunächst nahm die Gesellschaft Biebricher Geschäfte aufs Korn und führte erfolgreiche Einbrüche aus, so bei der Firma Harth, wo Lebensmittel im Werte von 2500 M. gestohlen wurden, dann bei der Witwe Eppenheimer, wo die Diebe für 9000 M. Wurst und Fleischwaren mitgehen ließen, schließlich in dem Biergeschäft von Oskar Müller. Hier eigneten sich die Einbrecher für 10 000 M. Butter, Eier, Käse und Milchprodukten an. In Wiesbaden fahdte die Bande der Firma Harth in der Marktstraße zwei Einbrüche ab und nahm Waren für 8600 M. und für 5000 M. mit. Die gestohlenen Waren wurden teil-weise in Frankfurt veräußert. Durch die Art der Einbrüche kam die Polizei schließlich den Tätern auf die Spur. Die Strafkammer verurteilte Pittman zu drei Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust, Schömer erhielt die gleiche Strafe, Reuter ein Jahr drei Monate Gefängnis. — Die Gabelstapler-Kampfe der Treiber gehörig war als Stundenlohn bei der Inhaber einer hiesigen Werkstatt tätig. Hier schloß sie ihrer Brotherrin eine goldene Tafel, einen wertvollen Brillanten, Kleider und 2000 Mark in bar und verpackte. Die Schöffen schickten die raffen-terliche Diebin ein Jahr und sechs Monate ins Ge-fängnis und erkannten ihr außerdem die bürger-lichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren ab. — Als Lehrling war in dem Ladengeschäft des Rohstoffhändlers für Schuhmacher der 19jährige Ge-orge West beschäftigt und erhielt eines Tages den Auftrag, Feder einem Kunden abzugeben. Von diesem erhielt er eine Teilzahlung von 600 M. Diese hatte er ein und wuschte sie bis auf den letzten Heller fort. Das Gericht schickte den Ungetreuen eine Woche ins Gefängnis und gab ihm außerdem eine Geldstrafe von 200 Mark.

Schierlein. Als Rektor der hiesigen Volkshoch-schule ist ab 1. August Herr Lehrer Dapper ernannt wor-den. Herr Rektor Dapper wirkt seit 1. Januar 1906 als Lehrer in Schierlein und genießt an amtlichen Stellen sowohl als auch in allen Kreisen der Ein-wohnerschaft das größte Vertrauen.

In Biebrich fand am Sonntag die Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Partei des Landkreises Wiesbaden statt. Zunächst wurde über die Bewegung im Kreise berichtet. Es sei ein Stillstand eingetreten, wenn auch einzelne Orte einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hätten. Besondere Aufmerksamkeit mußte der Werbe- und Bekehrungsarbeit unter den Frauen gewidmet werden. Ein Antrag forderte alle Biebricher Gemeindeglieder der Ortsvereine, Mitglieder der Partei und Kreisabgeord-neten der Partei, in deren Vorträge über sozialistische Gemeindepolitik und die Berichte über die kommunalpolitische Tätigkeit der Parteimitglieder gehört werden sollen. Der Antrag fand allgemeine Zustimmung. Es wurde noch betont, daß die Ver-treter der Partei in den einzelnen Dörfern ein-heitlich handeln und Disziplin abgeben müssen, nicht daß jeder auf eigene Faust seine Gemeindepolitik mache. Herr Schierlein verwies die einzelnen Orte darauf, daß sie die sozialdemokratischen Kreis- und Kommunalparlamentarier, Abgeordneten, Gemeindevorsteher usw. zur Berichterstattung und Be-sprechung kommunaler Fragen heranziehen. Ferner veranlaßte die politische Situation unbedingt enger Zusammenarbeiten der sozialistischen Parteien. Er empfahl, diese überall in Form von Arbeitsgemein-schaften anzustreben, besonders in der Kommunal-politik. Zur Frage der Radikalisierung, besonders in Verbindung mit der Deutschen Volkspartei wurde geäußert, daß eine solche Verbindung in lange nicht in Frage kommen könne, als die Deutsche Volks-partei nicht ein unbedingtes Bekenntnis zur demo-kratisch-republikanischen Staatsform abgelegt habe und das für absehbare Zeit nicht zu erwarten. Die Aussprüche über diesen Punkt zeigten die vor-hergehende Auffassung, daß es eine Verbindung mit der heutigen Volkspartei nicht geben kann. — Als Tagesordnung zum Vortrage wurde Herr Robe-ly einstimmig vorgeschlagen. Der Parteiparagraf findet am 8. Oktober statt. Zum Schluß wurde der Kreisverband, die Herren Schierlein, Gutmann, Groß und Klein, einstimmig wiedergewählt.

— Vom Rhein- und Maingebiet. Hat es genug geregnet? Diese Frage wird zur Zeit, wo man die Auswüchse der diesjährigen Kartoffelernte mit ban-ger Sorge überall eifrig rechnet, von vielen tag-täglich gestellt und recht verschiedenartig beantwor-tet. Viele meinen, es sei jetzt überaus viel des löff-lichen Himmelsregens aus den Wolken herabge-fallen, und es dürfte jetzt wieder mehr sonnig, warmes Wetter ohne die täglichen Regengüsse sich einstellen. Tatsache ist nun, daß die Feuchtigkeit ver-hältnismäßig tief in den Boden eingedrungen ist; der erkrankte Landwirt (wobei kennt die Schädigung besser). Er weiß, daß der härtesten Umplügen des Bodens immer noch trockene, harte Erde noch oben kommt. Die ungewöhnlich lang anhaltende Dürre

erfordert zu ihrer Beseitigung besonders reiches Niederschlag, und es darf schon noch ab und zu ein kräftiger Regenguss eintreten, um den Boden völlig ausgiebig zu durchtränken. Besonders die Obstbäume haben noch weitere Niederschläge drin-gend nötig, wenn sie die Früchte zur vollen Ent-wicklung bringen sollen. Ihre Wurzeln liegen so tief, daß die Feuchtigkeit noch nicht bis zu den Enden der Saugwurzeln reiflos durchdringen konnte. Aber auch die Kartoffeln können weitere Regengüsse noch sehr wohl vertragen, zumal sich jetzt der sog. Nachwuchs bildet, der zur raschen Ent-wicklung besonders viel Feuchtigkeit notwendig hat. Im übrigen hat der Regen in der gesamten Natur bereits wahrhaft Wunder gewirkt. Man kennt heute kaum noch die vor 14 Tagen so trostlos dahelenden Fluren. Die Kartoffeln und Futter-pflanzen strecken die Stängel und Blätter, und die grünen Wiesen zeigen sich bereits wieder in einem frischen Grün. Überall gehen die Samen der auf die Stoppelfelder gestreuten Futterpflanzen prächtig auf. Die Bäume stehen frisch in Feld und Garten und lassen nun nicht mehr die welken Früchte fallen. Alles in allem: Der Regen kam wohl spät, sehr spät, aber, er kam und wird noch vieles wieder gut machen. Und darob herrscht bei allen, bei dem Bauer sowohl wie bei den Städtern, ein gleiches Ge-fühl hoffnungsvoller Freude.

Elkölle. In der letzten Stadtverordneten-sitzung wurde beschloffen, Bischof Augustinus Kallan in Elmberg zum Ehrenbürger der Stadt Elkölle zu ernennen.

ic Flörsbach i. T. Die 62jährige Ehefrau Ro-tharina Gollisch wurde auf der Straße von einem Auto überfahren und auf der Stelle getötet.

Homburg. Ein auswärtiger Turner sprang Montag abend in der Nähe von Gonsenheim aus dem in voller Fahrt befindlichen Wagen der Straßenbahn, um noch einmal sein Gonsenheimer Quartier aufzusuchen. Unglücklicherweise rannte er dabei mit dem Kopf gegen einen elektrischen Lei-tungsmast und blieb wie tot auf dem Wege liegen. Ob er wieder zum Leben erwachte, war gestern abend nicht mehr zu erfahren.

Homburg. Feldbergfest. Das Feldberg-fest, das auf dem ehemaligen Gezerplatz bei Bad Homburg zum Auszug kam, ergab folgende Sieger: Oberstufe, 709 Turner: 1. Bd. Weigel (Eintracht Frankfurt) 89 Punkte, 2. Kob. Bruppacher (Ein-tracht Frankfurt) 87 P., 3. Müller (Ta. Siegen) 86 Punkte. Unterstufe, 998 Turner: 1. Fr. Knoblauch (Ta. Mainz), 2. Schmidt (Ta. Mainz), 2. Schom-ber (Ta. und Hl. Nassau), 3. Siegemund (Ta. Bodenheim) 80 Punkte; Bühnenpreis: Turn- und Sportgemeinde Eintracht 114 P., Frankfurter Ta. 111 P., Ta. Bornhards: Bodenheim 94 P.; Jahrschuld: 1. Tsh. Neunkirchen 61.1, 2. Ta. Mainz 1817 61.2, 3. Tsh. St. Johann-Saarbrücken 62.1. Faustball, A-Klasse: Ta. Wahlen gegen Ta. Kir-dorf 60:38.

Königsfeld. Es sind Verhandlungen im Gange, wonach das Hotel „Königsfeld“ (früher Grand Hotel) in Königsfeld für 10 Millionen Mark an den Staat verkauft werde, der es nach dem „F. W.“ als Kaserne der französischen Behörde zur Verfügung stellen wollte.

In Frankfurt. In ärztlichen Kreisen ist man der Auffassung, daß die zahlreichen Ruhr-erkrankungen, die seit Wochen in der Stadt auf-treten, nicht auf den Obstgenuß zurückzuführen sind, sondern in erster Linie ihre Ursache in dem Ver-lammen der Tausende von Menschen in den Ge-müllsbehältern haben. (?)

— Im Untersuchungsgefängnis kürzte sich ein Gefangener aus dem 1. Stock auf den Flur und er-zielte dabei schwere innere Verletzungen. Verzeihung über die lange Unterhosenlänge war der Grund zur Tat.

— Wie die deutsche Sportbehörde mitteilt, fin-den die deutschen Leichtathletikwettkämpfe, wie seiner Zeit von der Wahlversammlung festgelegt, in Homburg statt. Eine Verlegung nach Frankfurt kommt nicht in Betracht.

ic Der Bautechniker Eugen Weich stürzte sich aus dem zweiten Stock des Hauses Vorherstraße 7. Er erlag kurz nach der Entlassung in das Kran-kenhaus seinen Verletzungen.

Frankfurt. Ein Bauernbursche aus Bagnern wurde dieser Tage vollkommen betrunken gemacht und in ein Haus geschleppt, wo sich Männer an ihm in gemeinlicher Weise vergnügten. Seiner schändlichen Kleidung und alles Geldes beraubt, ließ man ihn auf die Straße, wo er dann nackt auf dem Römerberg von der Polizei aufgegriffen wurde. Das Wohl-lachtsamt mußte ihm Kleider zur Verfügung stellen und die Polizei sorgte für seinen Abtransport in die Heim- und das Haus, wo er mißhandelt wurde, konnte der Mann nicht mehr anhaben. — Im Unter-suchungsgefängnis sitzt ein gewisser Gottronen wegen heillosen Wahnseins und Hochadelens, der nicht weniger wie 72 Frauen und Mädchen genossenschaft hat. Unter ihnen befinden sich teilweise sehr hochgestellte Persönlichkeiten, die er verlorb bis auf den letzten Pfennig auszunutzen. In seinem Zelle fand man eine ganze Menge falscher Briefe, alle sehr fälschlich mit Photographie ver-sehen, aber alle auf einen anderen Namen lautend. So konnte der noble Herr lange Jahre sein Gewerbe ausüben, ohne daß es gelang, seiner habhaft zu werden.

ic Wenn die Wohnung unbeaufsich-tigt ist. Drei Wochen warte eine Frankfurter Herrschaft in der Sommerfrische und ließ natürlich während dieser Zeit die Wohnung ohne Aufsicht. Als sie vor einigen Tagen gefürst zurückkehrte, und die Wohnung betrat, war diese inzwischen von Die-ben ausgeräumt worden. In erster Linie hatten die Diebender familiäre Silberwaren, Wertachen und die Bett- und Leinwand mitgenommen. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf mindestens 50 000 Mark.

— Von Köln soll am Samstag, den 27. Aug., bei genügender Beteiligung auf Antrag des Kölner Rathstages ein Sonderzug nach Frankfurt verkehren. — Die von den Hl. Spanien geforderte Wirtschaftsbefreiung von 3000 „a“ und 500 „a“ für jedes Kind wurde vom Magistrat abgelehnt. An-dererseits erklärt sich die Stadtverwaltung bereit, einen Voranschlag in Gestalt eines Monatsgebühres zur Aus-zahlung zu bringen. — Montag nacht beging der Bautechniker Eugen Weich von hier dadurch Selbst-mord, daß er sich aus dem Fenster seiner im zweiten Stock belegenen Wohnung stürzte. Er konnte noch ins Krankenhaus eingeliefert werden, erlag dort aber bald den darauffolgenden schweren Ver-letzungen.

Neu-Henrich. Auf dem hiesigen Güterbahnhof geriet der Weichensteller Joseph Diehl zwischen zwei Kuffer und war sofort tot.

ic Limburg. Zwei Unbekannte überfielen einen hiesigen Kriegsgefangenen, der an einer Nerven-erkrankung leidet, und beraubten ihn sämtlicher Kleider und Wertgegenstände. Durch die Aufregung hat der Überfallene die Sprache verloren.

ic Dillenburg. Ein Naturwunder. Auf dem Hofe der Frau Weich wuschelt ein Entlein mit drei Beinen und vier Füßen — an einem Bein sitzen nämlich zwei Füße — munter umher. Es sind also

zwei Abnormitäten auf einmal bei dem Entlein vor-handen.

Darmstadt. Die D-Zugdiele sind weiter erfolg-reich an der Arbeit. Im Schnellzug Darmstadt-Oberhessen wurde einem Schweizer Kaufmann ein wertvoller Federloffer entwendet, für dessen Wie-derbringung er 2000 Mark Belohnung ausgesetzt hat.

— Groß-Gerau. Billige Ferkel. Die Ferkel-preise, die vor wenigen Wochen noch auf 200—300 Mark pro Stück standen, sind in kürzester Zeit ganz rapid von ihrer stolzen Höhe herabgefallen. Auf dem Dienstag-Markt kosteten sie nur noch 40—60 Mark. Das bedeutet indes schon wieder ein lan-games Anziehen der Preise, denn auf dem vorkleinen Markt wurden sie hier gar zu 20—25 Mark abge-geben. Das Angebot übersteigt überall die wegen des großen Futtermangels noch immer recht geringe Nachfrage. Die Folge des Mangels wird bald eine erneute Steigerung der Ferkelpreise bringen.

Bermischtes.

Berlin, 15. August. In Lythen bei Fürst n-berg wurde der dort zur Sommerfrische weilende Wertmeister Oswald Wahl aus Neudöhlen mit seinen zwei 15 und 9 Jahre alten Kindern im Zimmer tot aufgefunden. Der ärztliche Befund ergab, daß Wahl die beiden Kinder zuerst durch Revolverkugeln schwerverletzt und ihnen dann mit einem Küchen-messer den Hals durchgeschnitten hatte. Wahl be-ging dann Selbstmord durch Erhängen. In einem aufgefundenen Briefe an seine geschiedene Frau gibt Wahl an, daß er die Tat begangen habe, um die Kinder vor einer ungewissen Zukunft zu be-wahren.

Woran erkennt man ein Großstadt-Modell? Diese Frage beantwortet in ernsthafter Weise die Wiesener Staatsanwaltschaft in einem Auscheiden in dem es also heißt: „Lauter, hehrig, geb. 19. 4. 97 in Berlin, zuletzt in Wiesbaden wohnhaft, sehr vermüthlich in Frankfurt (Main), jüdisch, Haare blond, Gang und Haltung eines Großstadtmodells. . . .“ Weiter verrät die Staatsanwaltschaft nicht, wie Gang und Haltung eines Großstadtmodells sind.

Die „vornehme Dame“ aus Leipzig. In den „Münchener N. Nachr.“ lesen wir folgendes tragi-konische Erlebnis: „Am Samstag zeigte die Ein-wohnerschaft Münchens wieder ihre „barbarische Rücksichtslosigkeit“. Eine Kaufmannsrau aus Leipzig lagerte in Begleitung ihres Gemahls durch die Straßen der inneren Stadt. Durch ihre Tracht er-regte sie einiges Aufsehen: Sportmütze, Hembulle mit Schiffs, Brocheschleife, Wadenstrümpfe, Schuhe mit hohen Absätzen. Jemand lachte man, schließlich empörte man sich aber über die ungemessene Tracht. Am Samstag wäre es der überpompigen Leipzigerin bald schlecht gegangen. Das Publikum verlangte, daß sie die Hufe ausziehen solle und ging daran, daß sie die Hufe ausziehen solle und ging daran, daß die Dame auf offener Straße das anstößige Kleidungs-stück herunterziehen. Nur durch das Dazwischen-treten der Polizei wurde die Demonstration ver-hindert. Die Dame wurde der Polizeidirektion vor-geführt, wo sie erklärte, daß in Leipzig bei den vor-nahmen Damen die Hufe nicht gang und gäbe wäre. Sie habe, als sie den großen Fremdenver-kehr in München gesehen habe, nicht gedacht, daß sie Bergern erzeuge. Bald darauf brachte der Galte einen Mann nach. Das Ehepaar, das einige Tage in München zu bleiben gedachte, schüttelte den Staub Münchens sofort von den Füßen und zog sich ins Oberland zurück, wohl in der Meinung, daß man dort nicht so feindselig gegen weibliche Broches-hosen sein wird.

Dalsu-Ressende. Die Schweden sind in diesem Jahre so zahlreich nach Deutschland gereist, daß man von einer förmlichen Invasion sprechen kann. Wie man hört, haben die deutschen Polizeibehörden in Stockholm und Göteborg in der Zeit vom 1. Januar bis 1. August d. J. nicht weniger als 40 000 Schot-vermerke ausgestellt. Größtenteils handelt es sich um Vergnügungsreisende, höchstens 3 bis 4 Prozent waren Geschäftsleute. Sehr gering ist auch der Prozentsatz der Durchreisenden. Die norddeutschen Bäder sind zur Zeit von Schweden geradezu überfüllt. Bezeichnend ist auch, daß sehr viele sogenannte kleine Leute, die sich früher nie eine Reise nach Deutschland leisten hätten, wie Handwerker, unter Beamte, kaufmännische Ange-stellte und ähnliche, sich den niedrigen Stand der deutschen Währung zu nütze gemacht haben. Die Einrichtung von Ferienkurorten an verschiedenen deutschen Unternehmungen wurde von etwa 800 bis 1000 Schweden, meist Lebrern und Lehrerinnen, benutzt. Der schwedische Besuch war im Juni am stärksten. Seitdem ist er etwas abgeklungen. Die Einnahmen aus den Pausenbüchern waren recht beträchtlich. Bis zum 1. Juli betrug die Gebühr durchschnittlich 27 Kronen, seitdem ist sie auf 15 Kronen herabgesetzt worden. (Auch aus anderen „Dalsu-Ressenden“, so aus Holland, ist der Strom der Vergnügungsreisen nach Deutschland gegenwärtig außergewöhnlich stark.) (Red.)

Bern, 15. August. Seeben trifft ein Sonder-zug her ein, der über 700 deutsche Kinder und dazu noch einige Hundert ausländische schwei-zerische Kinder zu einem mehrwöchigen Aufenthalt in der Schweiz bringt. Die deutschen Kinder werden zum Teil in den Räumen der Schweizerischen Hilfskommission für notleidende deutsche Kinder untergebracht. Es ist dies der 30. Zug, den diese legerreich wirkende Vereinigung gemein-schaftlich mit ihrer von Professor Dr. Abderhalden geleiteten deutschen Zentralstelle in Halle a. S. or-ganisiert. Nach und nach sind in der Schweiz auf diese Weise über 25 000 deutsche Kinder unterge-bracht worden, darunter eine erhebliche Anzahl von tuberkulösen Kindern, die durch Kur in den Heimen der schweizerisch-deutschen Hilfskommission gerettet werden können. Die dafür notwendigen Geldmittel wurden hauptsächlich in Amerika, außerdem in Eng-land, Dänemark und Spanien aufgebracht. Auch der Papst hat sich mit erheblichen Mitteln beteiligt. Ehrenpräsident der schweizerisch-deutschen Hilfs-kommission sind der deutsche Gesandte in Bern Dr. Adolf Müller und der Schweizerische Gesandte in Berlin.

Der Zug in die Ferne. Die unglücklichen Ver-hältnisse im Heimatlande veranlassen zahlreiche Rheinländer zum Verlassen der Heimat und des Vaterlandes. In den meisten Fällen begeben sich die Familien nach Südamerika, wo sie durch Ver-mittlung von Landbesitzern, die dort bereits ansäßig sind, eine neue Heimat finden. Die Kosten der Ueberfahrt betragen für den Kopf rund 600 Mark.

Berlin, 16. August. Großfeuer in einer Getreidemühle. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Duisburg ist der mit großen Getreide- und Weinvorräten gefüllte Mühlenbetrieb der Rheinischen Werke von Goben u. Co. durch Großfeuer vollständig vernichtet worden. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark ge-schätzt.

